

# Stellungnahmen des Bonner Auswärtigen Amtes zur Passierscheinfrage

4. Mai 1964

Einzelinformation Nr. 362/64 über Stellungnahmen des Bonner Auswärtigen Amtes und des Bonner Staatssekretärs Carstens zur Passierscheinfrage

## Quelle

BStU, MfS, ZAIG 31214, Bl. 1–2 (5. Expl.).

## Serie

Informationen.

## Verteiler

Ulbricht, Honecker, Stoph – MfS: HV A VII, Ablage.

## Vermerk

Unter dem Titel: »Übers. a. d. Russ. Nr. 66/64 vom 23.4.1964«.

Zuverlässig wurde bekannt, dass das Bonner Auswärtige Amt Mitte April dieses Jahres die Botschaften der Westmächte in Bonn über den Bonner Standpunkt in den Passierscheingesprächen unterrichtete. Danach nehme die Bundesregierung keine negative Haltung zu den Gesprächen ein, wende sich aber gegen irgendwelche ernsthaften Zugeständnisse insbesondere in der Frage der Anwesenheit von Postangestellten der DDR in Westberlin.

Das Auswärtige Amt halte es für zweckmäßig, »vernünftige« Vorschläge zu unterbreiten, die die DDR, falls sie sich ablehnend verhalte, in eine schwierige Situation bringen würden. Zugleich werde es für erforderlich gehalten, die Möglichkeit einer Einstellung der Gespräche vorzusehen, falls sie zu keinen Ergebnissen führen, da allein die Aufrechterhaltung des Kontakts zwischen dem Senat und der Regierung der DDR von der DDR als ein Erfolg betrachtet wird.

Die DDR setze ihre Hoffnungen in die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen dem Senat und der Bonner Regierung sowie zwischen den westdeutschen Parteien bestehen.

Der Staatssekretär im Bonner Auswärtigen Amt Carstens<sup>1</sup> äußerte in einem Gespräch mit Brandt am 13.4., das Abkommen vom 17.12.1963<sup>2</sup> enthalte mehr positive als negative Momente. Es solle der Versuch fortgesetzt werden, in dieses Abkommen »einige Verbesserungen« einzuarbeiten.

Nach Auffassung von Carstens komme der Frage der Anwesenheit von DDR-Angestellten in Westberlin keine große Bedeutung zu. Der Hauptmangel des Abkommens vom 17.12.1963 bestehe in der Form des Dokuments und den Umständen, unter denen es unterzeichnet wurde. In einem neuen Abkommen dürften die Behörden der DDR und Westberlins nicht mehr erwähnt und nur noch die Namen von Wendt<sup>3</sup> und Korber<sup>4</sup> genannt werden. Für die DDR wäre möglicherweise eine einfache Bezugnahme auf das Abkommen vom Dezember vergangenen Jahres annehmbar.

Carstens äußerte auch die Meinung, die Westmächte würden eine größere Verantwortung übernehmen, damit ein neues Abkommen als reine Westberliner Angelegenheit und nicht als ein Dokument erscheine, das eine Bonner Anerkennung der DDR zum Ausdruck bringt. Brandt<sup>5</sup> äußerte sich zufrieden über das Gespräch mit Carstens. Auf der von ihm beschriebenen Grundlage könne eine Einigung mit der DDR erzielt werden. Brandt betonte zugleich, im Unterschied zum vergangenen Jahr gebe es jetzt keine Gründe für eine besondere Eile bei den Verhandlungen.

Die Information darf im Interesse der Sicherheit der Quelle nicht publizistisch ausgewertet werden.

<sup>1</sup>

Karl Carstens, Jg. 1914, CDU-Politiker, Jurist, 1960–66 Staatssekretär im Auswärtigen Amt, 1979–84 Bundespräsident.

<sup>2</sup>

Zwischen der Regierung der DDR und dem Senat von Westberlin wurde erstmals am 17.12.1963 eine Vereinbarung über die Ausgabe von Passierscheinen für Bürgerinnen und Bürger mit dem ständigen Wohnsitz in Westberlin für den Besuch des Ostsektors der Stadt für den Zeitraum vom 19.12.1963 bis zum 5.1.1964 getroffen. Allerdings erlaubte das Passierscheinabkommen ihnen zwar den Besuch im Osten, den Ostberlinerinnen und Ostberlinern blieb der Weg nach Westen aber auch weiterhin versperrt. Vgl. Alisch, Steffen: Berlin ↔ Berlin. Die Verhandlungen zwischen Beauftragten des Berliner Senats und Vertretern der DDR-Regierung zu Reise- und humanitären Fragen 1961–1972. Berlin 2000 (Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat; 31/2000); Huhn, Eckart: Die Passierscheinvereinbarungen des Berliner Senats mit der Regierung der DDR 1963 bis 1966. Deutsch-Deutsche Verhandlungen zur Überwindung der politischen Sprachlosigkeit und der Milderung menschlicher Härten als Folge des Mauerbaus. Ludwigsfelde 2011; Kunze, Gerhard: Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949–1989. Berlin 1999 (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin).

3

Erich Wendt, Jg. 1902, Partei- und Staatsfunktionär, 1922 KPD, 1947 SED, 1957–65 stellv. Minister für Kultur, führte von 1963 bis 1965 für die DDR-Seite die Verhandlungen mit dem Senat über das Passierscheinabkommen.

4

Horst Korber, Jg. 1927, wurde 1963 Senatsrat in der Senatskanzlei und war von Westberliner Seite aus Unterhändler für das Passierscheinabkommen mit Ostberlin.

5

Willy Brandt, Jg. 1913, SPD-Politiker, 1957–66 Regierender Bürgermeister von Westberlin, 1966–69 Bundesaußenminister, 1969–72 Bundeskanzler, 1964–87 Vorsitzender der SPD.